

**Auskünfte:** Kurt Gräßl, T +43 5574 4951 52214, 4. Stock, Zimmer Nr. 423

Zahl: BHBR-II-4101-33/2024-2

Bregenz, am 09.09.2024

## K U N D M A C H U N G

Die Gemeinde Schoppernau hat mit Eingabe vom 20.08.2024, eingelangt bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz am 22.08.2024, um Erteilung der baurechtlichen Bewilligung für Um- und Zubaumaßnahmen samt thermischer Sanierung beim Mehrzweckgebäude in Schoppernau, Unterdorf 2a (Gst-Nr 2978, KG Schoppernau), angesucht.

Nach den von Architekt DI Walter Felder, Egg, ausgearbeiteten Plan- und Beschreibungsunterlagen sind nebst untergeordneten baulichen Änderungen im Gebäudeinnern (zB Abbruch eines Lagerraumes) vor allem die Ortgangverlängerung auf der Giebelseite im Bereich der ÖPNV-Haltestelle bei der Landesstraße L200 nennenswert. Um den Ensemble-Charakter der vorhandenen Gemeindebauten zu stärken, wird die derzeit verputzte Fassade entsprechend den Nachbarobjekten als naturbelassene Fichtenholzschindelung ausgeführt. Im Weiteren ist im Rahmen der Fassadensanierung mit Fenstertausch eine zeitgemäße Dämmung vorgesehen.

Über den Bauantrag wird hiemit eine mündliche Verhandlung auf

**Dienstag, den 22. Oktober 2024**

mit der Zusammenkunft der Teilnehmer um

**09:00 Uhr,**

**Treffpunkt: Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Schoppernau,**

anberaumt.

### **Weitere Informationen:**

Die Plan- und Beschreibungsunterlagen liegen bis zum Verhandlungstag zur Einsichtnahme auf:

- bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Abteilung II – Wirtschaft und Umweltschutz, Bahnhofstraße 41, 4. Stock, Zimmer Nr 423. Beteiligte können nach telefonischer

Terminvereinbarung bis zum Tag vor der Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz in die Projektunterlagen einsehen.

- beim Gemeindeamt Schoppernau während der Zeiten des Parteienverkehrs.

Für Verfahrensbeteiligte (beispielsweise Sachverständige, Nachbarn, ...) besteht im Bedarfsfall die Möglichkeit auf digitalem Wege Projektunterlagen anzufordern. Kontaktdaten: Architekt DI Walter Felder, Tel.: 05512 26 591 - 11, bzw E-Mail: felder.geser@aon.at.

### **Allfällige Stellungnahmen und Einwendungen:**

Ob jemand Beteiligter oder Partei im Verfahren ist, ergibt sich aus § 8 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG) und den anzuwendenden Gesetzen:

Im Verfahren nach dem Baugesetz (BauG) haben neben dem Bauwerber bzw dem Grundeigentümer oder Bauberechtigten die Nachbarn im Sinne des § 2 Abs 1 lit k BauG Parteistellung. Nach dieser Bestimmung sind Nachbarn die Eigentümer eines fremden Grundstückes, das zu dem Baugrundstück in einem solchen räumlichen Naheverhältnis steht, dass mit Auswirkungen des geplanten Bauwerkes, der geplanten sonstigen Anlage oder deren vorgesehenen Benützung, gegen welche die Bestimmungen des BauG einen Schutz gewähren, zu rechnen ist; als Nachbar gilt dabei nicht nur der Eigentümer eines vom Bauvorhaben betroffenen fremden Grundstückes, sondern auch derjenige, der an einem solchen fremden Grundstück ein Baurecht im Sinne des Baurechtsgesetzes des Bundes hat.

Gemäß § 26 Abs 1 lit a bis e BauG hat der Nachbar das Recht, durch Einwendungen die Einhaltung von Vorschriften

- des § 4 Abs 4 BauG betreffend Naturgefahren, soweit mit Auswirkungen auf sein Grundstück zu rechnen ist,
- der §§ 5 bis 7 BauG betreffend die Einhaltung von Abstandsvorschriften, soweit diese seinem Schutz dienen,
- des § 8 Abs 1 und 2 betreffend den Immissionsschutz, soweit mit Immissionen auf seinem Grundstück zu rechnen ist und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist,
- des § 8 Abs 3 und 4 betreffend den Immissionsschutz eines rechtmäßig bestehenden Betriebes, soweit der benachbarte Betrieb in den Anwendungsbereich von anderen anlagenrechtlichen Vorschriften fällt, diese die Vorschreibung nachträglicher Aufträge zu Lasten des Inhabers des Betriebes vorsehen und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist,
- und die Festlegungen des Bebauungsplanes über die Baugrenze, die Baulinie und die Höhe des Bauwerkes, soweit das Bauwerk nicht mehr als 20 Meter von seinem Grundstück entfernt ist, geltend zu machen.

Allfällige Einwendungen können von den Parteien des Verfahrens bis spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz oder während der Verhandlung vorgebracht werden. Werden von einer Partei keine Einwendungen erhoben, so hat dies gemäß § 42 AVG zur Folge, dass die betreffende Person ihre Parteistellung verliert.

**Entsendung von Vertretern:**

Beteiligte können alleine, in Begleitung eines Vertreters oder mit einer Person ihres Vertrauens zur Verhandlung kommen. Die Vertreter der beteiligten Privatpersonen haben schriftliche Vollmachten mitzubringen, die sie zur Abgabe vorbehaltloser Erklärungen ermächtigen.

Der Bezirkshauptmann  
im Auftrag

Kurt Gräßl

**Hinweis:** Die Entfernung oder Beschädigung der Kundmachung vor dem Verhandlungstermin ist gemäß § 273 StGB verboten!